

# „... nicht zum Schweigen gebracht\*

Vorwürfe gegen baskische Zeitung - Aus Spanien und dem Ausland hagelt es Proteste

Madrid (ze) - „Geschlossen, aber nicht zum Schweigen gebracht“, prangt auf dem Titelblatt der Nötausgabe jener baskischen Tageszeitung, deren Gebäude am Vortag und im Auftrag des spanischen Staates von 300 Polizisten durchsucht und versiegelt worden war.

Von Polonntcn-Mitarbeiter  
Ralph Schulze aus Madrid

Zehn führende Mitglieder des einzigen ausschließlich auf Baskisch erscheinenden Blattes „Euskaldunon Egunkaria“ sitzen, wie berichtet, im Gefängnis und warten darauf, dass Spaniens Nationaler Gerichtshof Beweise für die schweren Vorwürfe auf den Tisch legt: Inhalt, Finanzen und Führungspersonal sollen von der baskischen Terror-Organisation ETA kontrolliert worden sein.

Die gerichtliche Schließung der kleinen und mit der baskischen Unabhängigkeit sympathisierenden Tageszeitung stieß bei spanischen wie ausländischen Verlagen auf heftigen Protest. Sogar die liberal-konservative nationale Tageszeitung „El Mundo“, von der nicht wenige Redakteure auf der ETA-Todesliste stehen, verurteilt den Justizschlag unter dem Kommentartitel: „Die



*Parlamentsabgeordnete der baskischen Nationalpartei blättern in „Egunero“ - der baskischen Zeitung, die am lag nach der Schließung von „Euskaldunon Egunkaria“ erschienen ist.* APA/epa

ungerechtfertigte Schließung einer Tageszeitung.“

Genauso wie im sozialdemokratischen Konkurrenzblatt „El Pais“ wird kritisiert, dass mögliche Delikte zwar Menschen, aber nicht der ganzen Zeitung und deren Lesern angelastet werden können und somit keine Kollektivstrafe erlaubt ist.

„Euskaldunon Egunkaria“, was sich etwa mit „Die Zeitung der Baskisch Sprechenden“ übersetzen lässt, war dem spanischen Staat schon seit ihrer Gründung 1990 ein Dorn im Auge.

Die Regionalregierung baskischer Nationalisten unterstützte die baskische Zeitung „Egunkaria“ großzügig - mit

Anzeigen und mit Subventionen; im Jahre 2002 mit knapp 1,7 Millionen Euro.

Die „Europäische Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (Midas)“ sprach nach der Zeitungsschließung von „einer Gefahr für die Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit“.